

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Dietrich Sperling MdB wirft der Regierungskoalition vor, die Neue Heimat zum Wahlkampfthema zu machen: Zu Lasten der Mieter.

Seite 1

Günter Wirth MdL fordert Konsequenzen nach den Vorgängen im Gefängnis München-Stadelheim: Ein Beispiel an Hamburg nehmen.

Seite 4

Dokumentation

Georg Leber, der seit 1960 dem SPD-Parteivorstand angehörte und nicht mehr für das Führungsgremium kandidierte, hielt auf dem Nürnberger SPD-Parteitag eine bewegende Rede, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Seite 5

41. Jahrgang / 164

29. August 1986

Kein gutes Haar mehr an der Neuen Heimat?

Die Regierungskoalition führt einen Wahlkampfstreit zu Lasten der Mieter

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Wer heute was Schiechtes über die Neue Heimat sagt, darf auf Beifall hoffen. Schließlich wissen wir, da ist Mist gebaut worden. Zum Beispiel der frühere erste Vorsitzende der Geschäftsführung, Albert Vietor, hat sich persönlich bereichert. Er wurde zwar deswegen rausgeschmissen, aber erst zu spät und nachdem er noch mehr Mist gebaut hatte.

Die Neue Heimat verkauft auch Wohnungen. Und das nicht immer in feiner Manier: Die Mieter erfahren manchmal gar nicht, daß die Wohnungen inzwischen einem anderen gehören. Diese Wohnungsverkäufe sind wahrscheinlich rechtmäßig, sie erfolgen also unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen. Aber solcher Wohnungsverkauf ist sicherlich nicht gemeinnützig.

Mindestens in diesen beiden Punkten weiß also inzwischen jeder: Da hat die Neue Heimat Dreck am Stecken.

Und da glaubt man dann leicht, daß es bei allen anderen Vorwürfen genauso ist.

(Übrigens hat man bei der Neuen Heimat das in Berlin aufgetretene „Beziehungsgeflecht“ nicht entdeckt. Dort gibt es eine gerichtsbekanntete Verbindung zwischen CDU, Bordellwirtschaft und Bauwirtschaft vertreten durch die Herren Anthes, Schwanz und Putsch.)

Außerdem wissen wir von Behördenstreit über die Neue Heimat. Da streiten sich Finanzbehörden mit Baubehörden, ob die Neue Heimat gegen das Gesetz zur Wohnungsgemeinnützigkeit verstoßen hat. Die Finanzbehörden behaupten dies mit Nachdruck, die Baubehörden als Anerkennungsinstanz nach dem Gesetz tun sich schwer bei der Nachprüfung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund
mit wertvoller Unterstützung
Rezeptions-Peiler



Angesichts dieser Tatsachen, die aus Wahlkampfgründen und Gewerkschaftsfeindlichkeit auch immer wieder neu im politischen Alltag aufgemotzt werden, ist es verständlich, daß der Neuen Heimat schließlich alles zugetraut wird.

Wir wissen auch, daß Albert Vieter nicht nur nach Reichtum, sondern auch nach Macht strebte. Er wollte der Chef des größten Wohnungsbaukonzerns Europas sein. Also achtete er darauf, daß die Vielzahl seiner Unternehmen unter dem Konzerndach der Neuen Heimat ihm möglichst wenig Ärger machte. Wenn ein Unternehmen sich mal verspekuliert hatte, dann versuchte er aus den anderen Unternehmen Hilfe zu leisten.

Da gab es dann „keinen Heiligen Albert der Gemeinnützigkeit“, sondern es gab „King Albert, den Machtsüchtigen“. Er hütete nicht das gemeinnützige Vermögen, sondern er suchte den betriebswirtschaftlichen Erfolg des Gesamtkonzerns.

Schaut man sich nun die Tätigkeit der Neuen Heimat an, dann sieht man viel Wohnungsbau, viel Siedlungsbau, viel Stadtsanierung. Seit Kriegsende hat die Neue Heimat mehr als eine halbe Million Wohnungen gebaut und für die Ermäßigung der Miete in langen Zeiten des Wohnungsmangels je Wohnung durchschnittlich 20.000,- DM öffentliche Unterstützung bekommen. Damit wurde die Explosion des Mietpreinsniveaus begrenzt. Sie hat Kindergärten und Rathäuser, Stadthallen und Schwimmbäder, Kongreßzentren und Krankenhäuser gebaut und Tiefgaragen, um alte Innenstädte wieder schön zu machen. Dies alles im Auftrag von Städten und Gemeinden und unter öffentlicher Kontrolle. Demnach war wohl das meiste, was die Neue Heimat gemacht hat, weder Murks noch Mist.

Schaut man sich nun Fälle an, in denen der Neuen Heimat der Vorwurf der Rechtsverletzung gemacht wird - zum Beispiel durch Finanzbehörden - dann stößt man auch auf den folgenden Fall:

In Düsseldorf an der Grafenberger Allee gab es inmitten einer gehobenen Wohnlage ein zerbombtes Industriegelände. Dies wollte die Stadt Düsseldorf in einem Sanierungsverfahren mit Wohnungen bebaut sehen. Weil die Stadt es sich aus eigener Kraft nicht zutraute, wurde diese Aufgabe der Neuen Heimat übertragen.

Am Rande des Sanierungsgebietes liegt ein Parkhaus. Dies hat mit Wohnungsbau nichts zu tun. Aber vom Eigentum an diesem Parkhaus ausgehend, ließ sich Einspruch gegen den Bebauungsplan für das angrenzende Sanierungsgebiet erheben. Und dies tat der Eigentümer auch in der festen Absicht, das Sanierungsverfahren so lange zu verzögern, bis ihm für sein Parkhaus ein mehrfaches des seinerzeitigen Erwerbspreises gezahlt würde.



Stadelheim oder wo bleiben die Konsequenzen?

In München sollte man sich ein Beispiel an Hamburg nehmen

Von Günter Wirth MdL

Vorsitzender des Rechtsausschusses im Bayerischen Landtag

Die Parallele drängt sich auf: In Hamburg kann ein Untersuchungshäftling einen Staatsanwalt, seine Frau und sich selbst erschießen. Hier bricht die CDU in Wehgeschrei aus, zwei Senatoren nehmen ihren Hut.

In München-Stadelheim kann der Untersuchungshäftling Bojan Pogotar einen Rechtsanwalt als Geisel nehmen. Bei der Befreiungsaktion wird die Geisel schwer verletzt. Personelle Konsequenzen? Nein.

Ganz eindeutig wurden im Justizvollzug wesentliche Bestimmungen mißachtet. Es kann nicht angehen, daß ein Untersuchungshäftling, der „ohnehin nichts mehr zu verlieren hat“, sich ein Gefängnismesser beschaffen und scharf zuschleifen kann. Es geht nicht an, daß ein Untersuchungshäftling eine Stunde im Gebäude unbeaufsichtigt spazieren gehen kann. Es geht nicht an, daß er wieder ungehindert in den Besuchertrakt zurückkehren kann, den er eine Stunde zuvor verlassen hat. Es geht nicht an, daß ein Untersuchungshäftling ungestört und ungehindert eine Brandbombe bastelt und mit sich herumtragen kann. Es geht nicht an, daß er durch eine offene Tür gehen kann, die fest verschlossen sein sollte.

Die Konsequenz muß also sein, die Einhaltung bestehender Bestimmungen besser als bisher zu kontrollieren. Gleichzeitig ist der Justizminister aufgefordert, diesen offenkundig gewordenen „Schlampigkeiten“ und „Nachlässigkeiten“ nachzugehen. Der Minister hat dem Parlament dafür Rede und Antwort zu stehen.

Meine Forderung an den bayerischen Justizminister nach einem schriftlichen Bericht bedeutet nicht, daß wir Sozialdemokraten schärfere Bestimmungen verlangen. Die jetzigen sind ausreichend, sie wurden nur nicht eingehalten. Insbesondere ist es doch auf keinen Fall hinnehmbar, einen Häftling vom „Kaliber“ Bojan Pogotar eine Stunde unbeaufsichtigt zu lassen. Dafür steht der bayerische Justizminister politisch in der Verantwortung.

Auch der bayerische Innenminister hat noch eine Menge zu erklären. Die Befreiung der Geisel war mehr als dilettantisch organisiert. Die Polizeiverantwortlichen hatten Glück, daß es dabei nicht zur Katastrophe kam. Es bleibt unverständlich, warum nicht für solche Fälle geschulte Einheiten herangezogen wurden. Warum der Geiselnnehmer durch die Verhandlungen nervös gemacht wurde, obwohl im Interesse der Geisel das Gegenteil erforderlich gewesen wäre. Warum gar die anstürmenden Polizeibeamten Geiselnnehmer und Geisel verwechselten - waren sie nicht davon informiert, wie Bojan Pogotar und der Rechtsanwalt Peter Guttmann aussehen?

War hier das bayerische Innenministerium nicht informiert? Wenn nein, warum nicht? Warum haben sich die Polizei-Verantwortlichen nicht eingeschaltet, nachdem die Medien bereits eine Stunde nach Geiselnahme, also vier Stunden vor der Geiselnbefreiung über den Vorgang berichteten? Oder fühlt sich das bayerische Innenministerium nicht zuständig, wenn es nicht über den Dienstweg eingeschaltet wird? Wenn das Innenministerium informiert war und selbst in die Planung eingriff, ist der Dilettantismus bei der Geiselnbefreiung umso unverständlicher. Dann haben diese Fehlleistungen nicht überforderte Polizeibeamte vor Ort, sondern hochbezahlte Fachleute im Ministerium zu verantworten.

Fragen an den Justiz- und den Innenminister - das Parlament hat ebenso ein Recht auf Antwort wie die Öffentlichkeit. Die Verantwortlichen müssen benannt werden. Doch über personelle Konsequenzen hat man in Bayern offensichtlich noch nicht nachgedacht. Statt dessen versucht man einfach alles unter den Teppich zu kehren. Sicher verlief der Vorgang in München glimpflicher als in Hamburg. Aber die Versäumnisse verlangen Konsequenzen.

(-/29.8.1986/rs/ks)



DOKUMENTATION

Georg Leber: Links, das ist da, wo das Herz ist

Georg Leber, der seit 1960 dem SPD-Parteivorstand angehörte und nicht mehr für das Führungsgremium kandidierte, hielt auf dem Nürnberger SPD-Parteitag eine bewegende Rede, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen!

Es ist nicht so einfach, jetzt an diesem Pult hier zu stehen. Denn wenn ich zurückdenke: Es ist fast die Hälfte meines Lebens gewesen, die ich dem Parteivorstand angehört habe. Und ich war kein Bequemer, auch nicht an diesem Rednerpult. Ich weiß, daß das das letzte Mal ist. Und doch: Ich habe gern der Bitte entsprochen, auch im Namen der Genossen, die mit mir ausscheiden, hier ein Wort zu sagen.

Es soll zuerst ein Wort des Dankes sein. Ein Dankeschön vor allen Dingen, lieber Willy, an Dich, für die würdige Art, in der Du uns hier verabschiedest, aber zugleich auch an Dich und damit stellvertretend an viele ein Wort des Dankes für das, was wir in der Zeit, in der wir hier wirken und Verantwortung tragen durften, von Dir und von vielen empfangen haben. Und wenn ich das etwas selektiv sehe, dann sage ich zuerst danke für das Vertrauen, das Ihr uns immer gewährt habt.

Diese Partei ist allein schon deswegen eine großartige Partei, weil sie Unbequeme in ihren Reihen nicht von sich schiebt, sondern selbst die Unbequemlichkeit sucht.

Ich bin öfter gefragt worden, auch in diesen Tagen - wie die anderen Genossen auch -, warum wir nicht mehr kandidieren. Die Antwort ist ganz einfach: Wir meinen, es wäre Zeit, daß wir Platz machen, daß Junge, die nach uns kommen, Platz finden können, um das zu verwirklichen, was sie an politischen Vorstellungen haben. Solches Platzmachen, das ist nicht Weggehen, sondern das ist zugleich Ausdruck von Kontinuität einer großen, alten Partei wie der Sozialdemokratie. Dieses Weitergeben der Stafette ist auch ein Ausdruck von Vertrauen an die, die die Stafette übernehmen.

Ich sage das hier und füge hinzu: Wenn ich das nicht aus innerer Überzeugung sagen könnte, dann würde ich mich festkrallen - wie andere auch - und bleiben. Aber die Tatsache, daß man gehen kann, zeugt eigentlich für die Partei. In dieser Partei kann man Verantwortung weitergeben, weil diese Partei mit ihren Vorstellungen und dem Verantwortungsbewußtsein, das sie in sich hat, getrost der Zukunft entgegensehen kann.

Ich weiß, Genossinnen und Genossen, die Partei ist heute nicht mehr so, wie sie war, als ich ihr beigetreten bin. Und sie ist weiß Gott auch nicht mehr so, wie sie war, als ich das erstmal in den Parteivorstand gewählt worden bin. Daß die Partei heute anders ist, ist der ganz natürliche Ausfluß der Tatsache, daß wir in den Jahrzehnten, die nun hinter uns liegen, ungeheuer viel mit Erfolg an der Welt und der Umwelt für die Menschen verändert haben, denen wir dienen wollten. Deshalb muß auch die Partei anders sein. Es wäre eine schlechte Partei, wenn sie sich in einer Welt, die sie mit Erfolg verändert hat, selber konservieren wollte.

Wem es absonderlich erscheint, daß eine Partei sich verändert, weil sie sich entwickeln will und weil sie sich den Schicksalsfragen der Menschen stellen will, der müßte es auch absonderlich finden, daß die älteste Einrichtung, die es in Europa gibt, die katholische Kirche, in diesen Jahrzehnten in Konzilen und Synoden versucht, sich auch zu verändern wie früher in Jahrhunderten nicht, weil es um die Menschen geht, deren Schicksal sich verändert hat und deren Lebensbedingungen sich verändert haben.

Wir machen aus eigenem Entschluß Platz frei im Parteivorstand, aber wir gehen nicht weg von der Partei. Wir bleiben, wie wir waren - da verändern wir uns nicht -, unbequem, versuchen mitzukopeln, mitzudenken, mitzuhelfen und mitzuarbeiten.

Ich wünsche - auch im Namen der übrigen Genossen, Dir, Johannes Rau, für die große Aufgabe und den großen Weg, auf den Du Dich begeben hast, viel Kraft, viel Glück, damit Du am Ende mit uns zusammen Erfolg hast. Wir haben in unserem Wirken gelernt, daß Erfolg nicht von selber kommt. Wir werden mit Dir, Johannes, die Ärmel aufkrempeln, damit wir an dem Januartag im Neuen Jahr, um den es geht, miteinander zufrieden sein können, wenn wir auf das schauen, was wir dann erreicht haben werden.

Es geht um die Menschen, nicht um die Partei. Es geht um die Menschen und um Deutschland, daß dieses Land wieder eine sozialdemokratische Führung bekommt.

Wenn ich in diesem Augenblick zurücksehe in die Jahrzehnte, die ich mitwirken durfte, und mich frage, was wohl das Beste war, das ich in diesen Jahrzehnten erfahren durfte und erlebt habe, dann sage ich dies: Es ist ein großartiges Erlebnis, daß man in dieser Partei hart miteinander ringen kann und zugleich Freund sein kann. Ich wünsche der Partei, daß das immer so bleibt.

Ich wünsche der Partei noch etwas: Zeigen wir alle, die wir für sie draußen im Lande den Schild hochhalten, zeigen wir immer den Menschen, unseren Mitmenschen im Lande, daß die SPD nicht etwas, sondern viel mehr ist als eine Gemeinschaft von Interessenten und eine Gruppe von Interessengruppen.

Man sagt, wir seien links. Ich habe mich darüber noch nie lange aufgehalten, sondern ich bin immer ein wenig stolz darauf gewesen. Links, Genossinnen und Genossen, das ist da, wo das Herz ist.

Laßt uns bitte auch in den kommenden Monaten besonders den Menschen im Lande zeigen, daß wir nicht nur mit dem Verstand bei ihnen sind, sondern daß wir mit Herz bei ihnen und ihrem Schicksal sind.

Damit bin ich am Ende. Vielleicht mag jemand sagen, ich sei wieder mal pathetisch geworden. Aber ich tue es doch: In der Gewerkschaft, aus der ich komme, gab es vor vielen Jahrzehnten einen Vorsitzenden, den ich nie gekannt habe, aber über den ich viel versucht habe zu lesen und zu hören und dem ich nachgespürt bin. Sein Name war Theodor Bösselburg. Er war Gewerkschaftsführer und einer der ersten direkt gewählten Abgeordneten im Deutschen Reichstag. Er war aktiv in der Gewerkschaftsbewegung und in der Partei, und von ihm stammt in der sogenannten Generalstreik-Debatte das Wort „Partei und Gewerkschaften sind eins“. Dies gilt in einem gewissen Sinne hoffentlich auch für alle Zukunft - soweit unser Wollen - und die Menschen, die in unsere Fürsorge gegeben sind, auch künftig weiter. Er hat bei seinem Abschied ein Wort gesagt, das ich jetzt auch für mich sage. Er hat ein Wort von Friedrich von Schiller gesagt, das Ludwig van Beethoven in die Neunte Sinfonie erhoben hat; es lautet: „Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben; bewahret sie.“

(-/29.8.1986/rs/ks)

* * *